



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 33

Fernschreiber 086690

F/XIII/56 - 8. März 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe :

Seite:

Zeilen:

1	Pflicht zum Widerstand Will man die Gewerkschaften zum Schweigen bringen?	41
2 - 3	Wandlungen im Balkanraum Von unserem Balkankorrespondenten	96
4 - 5	Kurzfristig und instinktlos Bonn und die Hilfe der entwicklungsfähigen Länder	70
	Problematische Saarrückgliederung Bundesregierung ohne Konzeption	58

* * * * *

Pflicht zum Widerstand

G.M. Die britische Labour-Party und die britischen Gewerkschaften haben jetzt gemeinsam ein Manifest herausgegeben, in dem die Regierung aufgefordert wird, das Zustandekommen einer Gipfelkonferenz aktiv zu unterstützen, der Welt als Beweis für den britischen Willen zur Entspannung ein Beispiel zu geben und die Wasserstoffbomben-Versuche unverzüglich einzustellen.

Dieses Manifest hat in England starken Widerhall gefunden. Unseres Wissens ist dort niemand auf den Gedanken gekommen, den Gewerkschaften vorzuwerfen, sie mischten sich unbefugterweise in die Politik ein. Nicht einmal konservative Zeitungen!

Anders in der Bundesrepublik. Seitdem einzelne Industriegewerkschaften und auch die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) ihre Mitglieder zum Protest gegen die Vorbereitungen auf einen Atomkrieg auffordern und sie ermahnen, sich für die Einstellung der Atomwaffenversuche sowie für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa einzusetzen, wirft man ihnen vor, sie seien im Begriff, ihre politische Neutralität zu verletzen. Eine grosse Zeitung im Ruhrgebiet geht sogar so weit, unverblümt zu behaupten, die Gewerkschaften würden sich durch eine Beteiligung an Protesten gegen die Fortsetzung der Atomwaffenversuche "ihrer Zielsetzung berauben".

Die Zielsetzung der Gewerkschaften besteht bekanntlich nicht nur in der Sicherung und Verbesserung der materiellen Existenz der arbeitenden Menschen, sondern auch in ihrer steten Einsatzbereitschaft zur Erhaltung der Demokratie, der Freiheit und des Friedens (Satzung!). Die Gewerkschaften haben sehr wohl erkannt, dass die materielle Sicherheit der arbeitenden Menschen nur in Freiheit und Frieden gewährleistet werden kann. Tritt also eine Situation ein, in der befürchtet werden muss, dass durch eine falsche Politik Freiheit und Frieden gefährdet werden, dann sind die Gewerkschaften geradezu verpflichtet, sich gegen eine solche Entwicklung zu wehren.

Nicht wenige Zeitungen des In- und Auslandes haben nach 1945 bei Untersuchungen über die Frage, wie Hitler 1933 zur Macht kommen konnte, den damaligen Gewerkschaften vorgeworfen, sie hätten sich "nur" um die materiellen Fragen der Arbeitnehmer gekümmert, anstatt aktiv in den Kampf gegen die drohende Diktatur einzugreifen...

Niemand wird wohl behaupten wollen, dass die materielle Existenz der Arbeitnehmer, der Frieden und die Freiheit in einem Atombombenkrieg erhalten bleiben könnten. Wenn sich also Gewerkschaftsverbände aktiv in die Abwehr der abenteuerlichen Atomwaffenpolitik einschalten, tun sie nur ihre Pflicht. Die Pflicht gegenüber ihren Mitgliedern, aber auch die Pflicht gegenüber dem Volk, in dem sie wirksam sind.

+ + +

Wandlungen im Balkanraum

Von unseren Balkankorrespondenten

Trotz der Vorbereitungen auf eine "Gipfelkonferenz" konzentriert sich das Interesse der östlichen und westlichen Diplomatie immer wieder auf den neuralgischen Raum des Balkans. Obwohl beide Seiten sich in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg intensiv bemühten, diesen Raum für die eigenen vielfältigen Zwecke zu gewinnen und eine Konstellation der Kräfte zu den je eigenen Gunsten herbeizuführen, ist die Lage auf dem Balkan nach wie vor ungeklärt. Weder Washington noch Moskau konnten sich in diesem Gebiet eine sichere Stellung ausbauen; nicht in politischer und auch nicht in strategischer Hinsicht.

Um die augenblickliche Situation recht verstehen zu können, muss man sich die verschiedenen Entwicklungsphasen in der Geschichte des Balkans nach dem Krieg vergegenwärtigen. Zunächst hatte der Kreaml versucht, seinen Einfluss auf alle Balkanvölker auszuüben. Nur zwei Balkanstaaten, Griechenland und die Türkei, konnten sich aus der Einflussphäre der Sowjet-Union heraushalten.

Die zweite Phase ist durch den Plan Moskaus gekennzeichnet, der 1947 Jugoslawien, Bulgarien, Albanien und Rumänien zu einem kommunistischen Balkanbund vereinigen wollte. Das Vorhaben scheiterte an der Streitfrage, ob Belgrad oder Sofia die Führung in diesem Bund übernehmen sollte. Belgrad löste sich ein Jahr später (1948) aus dem kommunistischen Ostblock und gab sich durch Tito eine selbständige Staatsform.

Die Annäherung Jugoslawiens an den Westen führte zu einer Verlagerung des Gleichgewichts der Kräfte und gab Washington die Möglichkeit, Belgrad, Athen und Ankara politisch und militärisch zu vereinigen und durch den Balkanpakt (1953) einen Gegenpol zu den sowjetischen Satelliten zu schaffen. Jedoch wurde den westlich orientierten Balkanpakt keine grösseren Chancen geboten als dem gescheiterten sowjetisch inaugurierten Balkanbund. Nicht das kommunistische Jugoslawien hat dieses Bündnis gesprengt, sondern die leidigen Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei wegen der Zypernfrage. Im Sommer 1955 konnte man nicht im geringsten mehr von einer Allianz zwischen beiden Ländern reden, vielmehr liess die Entwicklung der Dinge eine kriegerische Auseinandersetzung befürchten.

Da sich infolge dieser Ereignisse auf dem Balkan keine eindeutig festgelegte Disposition ergab, ergriff der Kreaml von neuem die Initiative und startete eine wohl vorbereitete Friedensoffensive mit dem Ziel, die westlich orientierten Länder allmählich zu einer Neutralisationspolitik zu bewegen. Der erste Schritt in dieser Richtung war die Aussöhnung zwischen Moskau und Belgrad, die sich dahin konkretisierte, dass sich der Kreaml gegenüber den eigenmächtigen Bestrebungen Titos in seinem Land zurückhaltend verhielt. Der zweite Akt bildete das sowjetische Angebot von Wirtschaftshilfe an Griechenland, unter der Bedingung, dass Athen künftig eine beweglichere Aussenpolitik führen werde. Dieser Vorschlag stellte auch im wesentlichen den Inhalt der offiziellen Reise des damaligen sowjetischen Außenministers Schepilow im Juni 1956 nach Griechenland dar. Der politische Teil der Friedensoffensive, die noch immer andauert,

russt auf dem Vorschlag des rumänischen Ministerpräsidenten Stoika von September vorigen Jahres, nach dem ausser Rumänien noch Bulgarien, Albanien, Jugoslawien, Griechenland und die Türkei auf einer gemeinsamen Konferenz über einen gegenseitigen Nichtangriffspakt beraten sollten. Die Konferenz fand nicht statt, da Jugoslawien im voraus konkrete Punkte gewahrt wissen wollte, ohne den Gedanken als solchen abzulehnen, Ankara klar vorher die noch ungeklärten Fragen, die zwischen ihm und Bulgarien und Albanien bestanden, gelöst würden.

Im Wissen um die Unzufriedenheit des griechischen Volkes mit seinen westlichen Verbündeten wegen deren Haltung in der Zypernfrage - mit Ausnahme Israels hatten sich alle Mitglieder der NATO in der UNO gegen das Selbstbestimmungsrecht der Zyprioten entschieden - bezüht sich die Sowjetunion alle Streitfragen zwischen Griechenland und den benachbarten kommunistischen Staaten zu beseitigen. Nach dem offensichtlichen sowjetischen Druck schloss Albanien mit Griechenland ein Abkommen über die Räumung der restlichen Minen aus der Kriegszeit in der Meerstrasse zwischen Albanien und Korfu, eine Vereinbarung, zu der es sich bisher nicht hatte entschliessen können. Die Strasse war seit Jahren für den Schiffsverkehr geschlossen und die griechischen Schiffe auf der Linie Ostitalien - Piräus mussten einen fünfständigen Umweg machen. Die Säuberungsaktion wurde in der vorigen Woche beendet. Bei griechisch-albanischen Gesprächen konnte die Rückführung jener Griechen erwirkt werden, die in den Jahren des kommunistischen Aufstandes in Griechenland verschleppt wurden und seitdem in Albanien leben mussten. Eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern ist jedoch zur Zeit noch nicht aktuell.

Bulgarien, mit dem Griechenland diplomatische Beziehungen unterhält, erklärte sich auf die gleiche sowjetische "Ermunterung" hin bereit, 2 Millionen Dollar als erste Rate der Kriegsentschädigung gemäss dem Friedensvertrag von 1947 an Athen zu zahlen. Die Gesamtsumme der Kriegsschulden Bulgariens gegenüber Griechenland beträgt 20 Millionen Dollar. Massgebliche Stellen beider Länder beraten zur Zeit die Wege zur Bereinigung dieser Angelegenheit. Die Lösung der bestehenden Probleme wird nicht ohne weiteres zu einer Freundschaft zwischen Griechenland und den kommunistischen Nachbarländern führen. Die Ressentiments des griechischen Volkes gegenüber Albanien und Bulgarien können nicht von heute auf morgen beseitigt werden, dafür wurzeln sie viel zu sehr in leidvollen geschichtlichen Erfahrungen. Die Friedensoffensive der Sowjets kann aber zu einer Verminderung der Spannungen zwischen den kommunistischen und nicht-kommunistischen Balkanvölkern führen, zumindest aber zu einer gegenseitigen Anerkennung des status quo.

Diese Entwicklung gewinnt umso mehr an Bedeutung, wenn man sich daran erinnert, dass seit Jahren die beiden weltanschaulichen Lager durch einen scharfen Graben voneinander getrennt waren, jetzt aber die hochexplosive Atmosphäre einer gemässigten Stimmung weicht. Die augenblickliche Situation lässt erkennen, dass keiner der beiden grossen Kontrahenten sich als alleiniger starker Mann auf dem Balkan fühlen kann. Ob allerdings auf weite Sicht die Möglichkeit besteht, dass die Balkanvölker eine selbständige Politik, unabhängig von den Machtblöcken, einleiten können, ist noch völlig ungewiss und hängt von der weiteren internationalen Entwicklung ab.

Kurzichtig und instinktlos

ler.- Im Haushaltsplan für das kommende Rechnungsjahr wurde der Posten: Hilfe für entwicklungsfähige Länder gestrichen. Im Rahmen eines Riesenetats von über 39 Milliarden DM ist für eine verhältnismässig geringfügige Summe - der für diesen Zweck im vergangenen Jahr ausgeworfene Betrag betrug 50 Millionen DM - kein Raum mehr. Die deutschen Botschafter in den entwicklungsfähigen Ländern werden über die gerade hier ganz unangebrachte Sparwut des Bundesfinanzministers entsetzt sein. Sie ist gewiss nicht geeignet, das Ansehen der Bundesrepublik zu mehren. Mit dieser Summe wurden in diesen Ländern segensreiche Einrichtungen finanziert oder geschaffen, Studenten das Studium an deutschen Universitäten ermöglicht. Die so geknüpften Bande tragen viel zum gegenseitigen Verständnis bei.

Bundesfinanzminister Etzel handelte, als er diesen Posten vom kommenden Rechnungsjahr verschwinden liess, kurzichtig und instinktlos. Diese Streichung lässt sich in keiner Hinsicht rechtfertigen, erfolgt sie doch auf Kosten deutscher Zukunftsmöglichkeiten. Eisenhower und sein Ausserminister Dulles führen im USA-Senat einen erbitterten Kampf um die Weiterführung der Wirtschaftshilfe an entwicklungsfähige Länder, weil sie wissen, dass die Vereinigten Staaten politisch und moralisch ins Hintertreffen geraten, wenn sie diesen Ländern jedwede Hilfe versagen oder es ausschliesslich der Sowjet-Union überlassen, sich hier als ein grossmütiger Spender zu erweisen.

Im weltweiten Ringen zwischen Demokratie und Kommunismus nehmen diese Länder eine Schlüsselstellung ein; auch uns kann es nicht gleichgültig sein, wohin sich ihre Sympathien wenden. Die Stimme dieser Länder im Chor der Völker ist nicht mehr zu überhören. Ihr Gewicht wird von Jahr zu Jahr fühlbarer in den Versammlungen der Vereinten Nationen; die Sowjet-Union und auch die Vereinigten Staaten müssen es in ihren politischen Handlungen berücksichtigen. Mit und ohne fremde Hilfe erkämpfen sich die Völker der entwicklungsfähigen Gebiete den ihnen zustehenden Platz in der Gemeinschaft der Nationen. Sie betrachten sich nicht mehr als Hintersassen der Geschichte, sie wollen auch niemandes Knechte mehr sein.

Dieser Prozess der politischen, wirtschaftlichen und geistigen Selbstbefreiung bedarf der Unterstützung von aussen, wenn er nicht in Katastrophen und Rückschlägen enden soll, deren Folgen alle zu spüren bekämen. Deutschland bringt für die Gewährung solcher Hilfen die besten Voraussetzungen mit; da nicht mit dem Fluch des Kolonialismus behaftet, begegnet es in diesen Teilen der Erde nicht jenem Misstrauen, das es den ehemaligen Kolonialmächten so schwer macht, bei diesen Völkern in der Rolle des Freundes

zu erscheinen. Deutschland steht nicht im Schatten einer diese Völker bedrückenden Vergangenheit. Es besitzt hier ein grosses moralisches Kapital, das zu nutzen gilt. Es hat auch allen Grund, hier alte Bindungen neu zu erwecken und neue Freundschaften zu erwerben. Nirgendwo werden deutsche Waren, deutsche Techniker, Lehrer, Wissenschaftler und Unternehmer willkommener geheissen, als etwa bei den Indern, Burmanesen und in der ganzen arabischen Welt. Die bescheidene Hilfe, die wir ihnen heute gewähren, wird sich morgen in vielfachen Zinsen niederschlagen - nicht gerade im materiellen Sinne, wohl aber im Sinne eines erhöhten moralischen Gewichtes. Hier kann sich Deutschland, ohne jede Herausforderung an andere Länder, in edlem Wettbewerb als ein Brückenbauer zwischen Europa und den entwicklungsfähigen Ländern bewähren.

Auch das gehört zu einer weitsichtigen Politik der Wiedervereinigung. Zwölf Jahre nach dem Zusammenbruch müssen wir die schmerzliche Erkenntnis erfahren, dass unser Wollen, wieder ein ganzes Volk zu sein, nicht allein ausreicht, um es zu werden. Dazu bedarf es auch des Anstosses und der Hilfe von aussen. Für den Lauf der Dinge ist es von Bedeutung, ob die führenden Geister in den entwicklungsfähigen Ländern sich in der deutschen Lebensfrage gleichgültig verhalten oder ob sie in der Spaltung Deutschlands eine Gefahr für den Frieden erblicken; nur wenn der Frieden erhalten bleibt, können sie hoffen, ihre Völker von den Fesseln technischer und wirtschaftlicher Zurückgebliebenheit zu erlösen. Auf dieser Ebene des Lehrens und Gebens müsste sich die deutsche Politik erproben, schafft sie noch Bande der Solidarität, die auf die Dauer wirksamer als papierne Vertragsabschlüsse sind.

Das Parlament als oberster Gesetzgeber wird gut daran tun, bei den Haushaltsberatungen wieder herzustellen, was der Bundesfinanzminister gestrichen hatte. Diese 50 Millionen DM sind für die Zukunft unseres Volkes besser angebracht als die Rüstungsmilliarden des Herrn Strauss. Diese Milliarden dienen der Vernichtung - jene 50 Millionen aber der friedlichen Aufbaues und des Ansehens des deutschen Volkes in den unterentwickelten Ländern.

+ + +

Problematik der Saarrückgliederung

H.M.- Die sogenannte "Übergangszeit", während der die Saarwirtschaft stufenweise aus ihrer einseitigen Bindung an Frankreich herausgelöst und an die bundesdeutschen Marktverhältnisse herangeführt werden sollte, hat ihren Sinn längst verloren. Der Zeitpunkt, zu dem saarländische Konsumenten und Industriebetriebe in den uneingeschränkten Genuss deutscher Verbrauchs- und Investitionsgüter gelangen, liegt heute ferner, als er bei Unterzeichnung der Saarverträge allgemein angenommen wurde. Galt der 1.1.1960 ursprünglich als der späteste Termin für eine nach Fortfall aller Kontingent- und Zollschranken einsetzende Normalisierung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Saar und dem übrigen Bundesgebiet, so ist heute fraglich, ob dies überhaupt der früheste Termin sein kann.

Die landläufige Meinung geht dahin, daß erst nach dem Eintritt in die sogenannte "Endregelung" eine tatsächliche Übergangszeit, die ihren Namen zu Recht verdient, wirksam werden kann. Die Saarländer befürchten, dass die Bundesregierung den Schwierigkeiten, die sich aus der zeitlichen Verzögerung der Anpassungsmaßnahmen ergeben, nicht das nötige Gewicht beimisst, und es daher unausweichlich sei, dass die derzeit auf allen wirtschaftlichen Gebieten herrschende Unsicherheit auch nach 1960 noch andauern wird. Zwar wird anerkannt, dass Bonn für den Ausgleich des saarländischen Landeshaushaltes sorgt, aber das Kernproblem der Überleitung, die Erschließung neuer Liefer- und Absatzmärkte, wird von dieser Massnahme nicht berührt. Die Wiederaufnahme der seit 1945 unterbundenen Handelsbeziehungen kann nicht durch kurzfristige Aktionen, sondern nur auf Grund langfristiger Planungen gefördert werden. Und hier muss die Bundesregierung zugestehen, dass es ihr nicht gelungen ist, mit einer festumrissenen Konzeption an die Öffentlichkeit zu treten.

So weiss man beispielsweise bis heute noch nicht -obwohl der Saarvertrag dies zum Jahresende 1957 bestimmt-, was mit den Warenkontingenten geschehen soll, die für den Gütertausch zwischen Frankreich und dem Saarland nach Eintritt in die "Endregelung" vereinbart wurden. Das ursprünglich festgelegte Austauschvolumen von 140:70 Milliarden Francs zugunsten Frankreichs fixierte den Zeitpunkt der höchsten Aufnahmefähigkeit des Saarmarktes für französische Produkte. Es herrscht im Saarland allerdings die Binnigkeit, dass ein starres Festhalten an der Referenzmenge des Jahres 1955 ebenso wenig realisierbar ist wie das derzeit diskutierte Austauschverhältnis von 126:70 Milliarden Francs. Es wird nötig sein, Wege zu finden, die einen zollbegünstigten bzw. zollfreien Abfluss der auf den Saarmarkt nicht absetzbaren Überschusswaren ins übrige Bundesgebiet zu ermöglichen.

Umgekehrt besteht die Notwendigkeit, der Saarwirtschaft im Bundesgebiet einen tragfähigen Absatzmarkt zu erschliessen. Derzeit werden 48 bis 50 % aller saarländischen Erzeugnisse nach Frankreich verkauft. Es ist ohne weiteres ersichtlich, dass diese Warenlieferungen durch die französischen Einfuhrbeschränkungen gegenüber dem Devisen Ausland begünstigt wurden, und dass sie gestoppt werden, sobald die Entliberalisierungsmaßnahmen gelockert oder die Saar in den bundesdeutschen Währungs- und Zollbereich eingegliedert wird. Auf dem deutschen Markt aber haben die Saarprodukte mit 4 bis 5 % des gesamten Erzeugungswertes bislang kaum nennenswerte Verbreitung gefunden.

Das mindeste, was demnach zugunsten der Saarwirtschaft zu unternehmen ist, wäre die Einräumung derselben Umsatzsteuer-Vergünstigungen, wie sie der Berliner Wirtschaft zubilligt werden. Daneben aber sollte im Hinblick auf die fortschreitende Franc-Inflation überlegt werden, auf welche Weise der saarländischen Wirtschaft noch wirksamere Export-Hilfen gewährt werden können. Die Hoffnung, dass sich alle Probleme des Saarlandes mit der Zeit "von selbst" lösen, ist eine Spekulation auf "wunder"-trächtige Fügungen, die in der Bonner Wirtschaftspolitik gemeinhin das planvolle Handeln ersetzt. + + + - - - - -

Verantwortlich: Günter Markscheffel